

KAIROS EUROPA

Programmlinie "Verschuldungs- und Verarmungsmechanismen in Süd / Ost / Nord-
Wirtschafts- und Finanzsysteme - Alternativen"



Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser Ausgabe legen wir Ihnen einen Diskussionsbeitrag von Kairos Europa und Pax Christi zur Europäischen Währungsunion (EWU) vor. Wir mischen uns damit in eine scheinbar 'innereuropäische Diskussion' ein, die aber globale Auswirkungen hat. Unter dem Leitgedanken, daß die EWU zur inner- wie zwischenengesellschaftlichen Spaltung in Europa beitragen wird, sofern sie nicht auf einer sozialen Union aufbaut, untersuchen wir im folgenden Ziele, Hintergründe und Fragwürdiges des europäischen Einigungsprozesses.

Veranschaulicht werden die Gedanken des Leitartikels durch zwei konkrete Beispiele:

- Wie verhält sich eine konkrete Branche (Chemie) im Rahmen einer globalisierten Wirtschaft, zu der die EWU beiträgt?
- Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf eine konkrete gesellschaftliche Gruppe (Frauen) ?

Als Aktionsbeispiel aus dem Norden stellen wir den Kampagnenauftrag von Kairos Europa "Für eine gerechte Währungsunion" vor.

Pax Christi gibt diese Nummer als Nr. 1/1996 der Reihe "Nord-Süd-Blätter" heraus, bei Kairos Europa erscheint sie im Rahmen der Programmlinie "Verschuldung".

Die Redaktion

"Ich glaube in der Tat, daß man die nationale wie die internationale Technokratie nur wirksam bekämpfen kann, wenn man sie auf ihrem bevorzugten Gebiet, dem der Wissenschaft, insbesondere der Wirtschaftswissenschaft, herausfordert, und dies, indem man der ihr eigentümlichen abstrakten und verstümmelten Wirklichkeitskenntnis die Stirn bietet durch das Wissen vom Menschen samt seiner Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit."

(aus einer Ansprache des französischen Soziologen Pierre Bourdieu, gehalten vor streikenden ArbeiterInnen in Paris am 12.12.95)

Die Europäische Währungsunion - ein Beitrag zur sozialen Spaltung ?

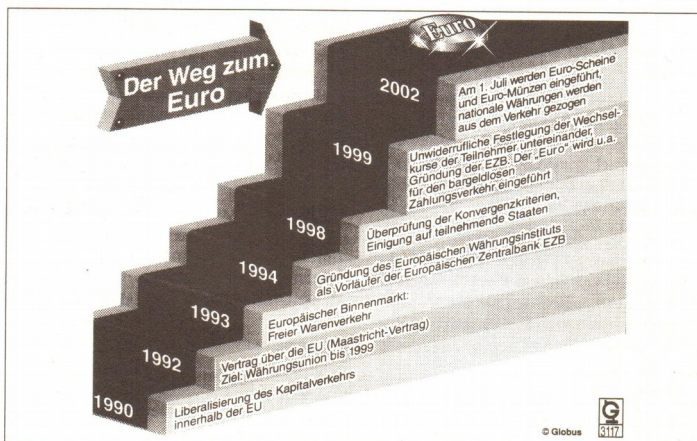
Die Vorbereitungen für die 1999 vorgesehene Einführung der Europäischen Währungsunion (EWU) laufen mittlerweile auf vollen Touren. Angesichts ihrer großen Bedeutung für die künftige Ausrichtung der Europäischen Union rückt die EWU immer mehr in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Diese wird durch zwei sich diametral gegenüberstehende Positionen geprägt: Die Architekten des Euro-Geldverbundes aus den Reihen der Europäischen Kommission und der Regierungen der Mitgliedsländer erklären die planmäßige Verwirklichung der Währungsunion gewissermaßen zur Überlebensfrage der Fünfzehnergemeinschaft. Nur so lasse sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Europa sichern. Auf der Gegenseite hat sich eine Koalition aus national-konservativen Euro-Skeptikern formiert. Nach deren Lesart bedeutet die gemeinsame Währung eine nicht hinnehmbare Preisgabe einzelstaatlicher (wirtschafts-)politischer Souveränität.

Eine kritische Reflexion des Projektes der Einheitswährung unter Einbeziehung der Strukturbrüche der Weltwirtschaft kann zu gänzlich anderen Schlußfolgerungen führen. Dies möchten die folgenden Überlegungen darlegen.

Verkehrte Welten?

In den Industrieländern herrschte weitgehend die Auffassung vor, daß die "Erste Welt" der "Dritten Welt" den Weg in eine erfolgreiche Zukunft zu weisen habe. In den 90er Jahren zeigt sich aber immer deutlicher, daß diese der "Dritten Welt" selbstgefällig aufgezwungene Vorbildlichkeit nicht nur trügerisch war. Im Gegenteil: Der Süden droht nun gewissermaßen zum

"Modell" für den Norden zu werden. Denn die "nachholende Entwicklung" im Süden ist - von wenigen Ausnahmen abgesehen - kläglich gescheitert (So "leben" nach Angaben der Vereinten Nationen in den "Entwicklungsländern" mehr als eine Milliarde Menschen in absoluter Armut; zudem hat sich der Einkommensunterschied zwischen dem reichsten und dem ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung im Laufe der letzten 30 Jahre



DIE EWU - EIN BEITRAG ZUR SOZIALEN SPALTUNG ?

Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF)

Überschreitet der Finanzbedarf eines Landes eine gewisse Quote, so gewährt der IWF den beantragten Kredit nur, wenn sich das Land zu einem Strukturanpassungsprogramm verpflichtet, mit dem die Zahlungsfähigkeit sichergestellt werden soll. Zentrale Maßnahmen einer solchen Strukturanpassung sind:

- Ausgleich des Staatshaushalts (Sparmaßnahmen bei öffentlichen Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Soziales ...)
- Korrektur der relativen Preise (Reallohnsenkungen, Währungsabwertung ...);
- Liberalisierung des Außenhandels und des ausländischen Kapitalverkehrs;
- Privatisierungspolitik;
- Deregulierung der einheimischen Märkte (Streichung von Subventionen und Preisbindung

verdoppelt). Statt dessen ist eine "nachholende Verarmung" in der "Ersten Welt" zu verzeichnen. Die Industriestaaten sind längst selbst zu Zweidrittelgesellschaften geworden.

Strukturanpassung für den Norden

Bislang wurde das Instrument der "Strukturanpassung" (s. Kasten 1) ausschließlich mit Staaten der Zweidrittelwelt in Zusammenhang gebracht: Als "Strukturanpassung" werden die den "Entwicklungs"-ländern vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank auferlegten wirtschaftspolitischen Programme bezeichnet. Sie werden nach wie vor vom Norden zum wirtschaftlichen Allheilmittel für die hochverschuldeten Länder des Südens erklärt. Diese wegen ihrer sozialen Folgekosten umstrittene Rezeptur verschreiben sich die Industrieländer jedoch angesichts der Krise ihrer eigenen Volkswirtschaften nunmehr auch selbst. "Reaganomics" und "Thatcherism" waren Vorreiter der Strukturanpassung im Norden auf nationalstaatlicher Ebene.

Die EWU im Kontext der Globalisierung

Die wirtschaftlichen Krisen in den Ländern der Europäischen Union stehen im Kontext der Globalisierung. Die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit der EU gerät gegenüber den USA und Japan, aber auch durch die südostasiatischen wie lateinamerikanischen Schwellenländer immer stärker unter Druck. Eine Konsequenz ist der jüngste Höchststand der Arbeitslosenquote der Gemeinschaft mit offiziell knapp 20 Mio. registrierten Arbeitssuchenden.

Als wesentliche Strategie im globalen Konkurrenzkampf wird insbesondere die Senkung der Produktionskosten verfolgt. Vor allem da, wo die niedrigsten sozialen und ökologischen Kosten anfallen, kann scheinbar am günstigsten produziert werden. Soziale Stabilität und ökologische Rahmenbedingungen werden vorwiegend als Standortnachteile gewertet.

Von der EWU wird die Stärkung der EU-Länder im globalen Wettbewerb erwartet: Ihre FürsprecherInnen versprechen sich von der Währungsunion den Abbau von volks- und betriebswirtschaftlich unproduktiven Transaktionskosten (z.B. Kosten bei Devisentausch) sowie die Eindämmung von Wechselkursrisiken und somit eine Kostenentlastung der EU-Unternehmen. Gemäß der Devise der Europäischen Kommission, der zufolge Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Fortschritt zwei Seiten einer Medaille sind, wird mittels der EWU "Wohlstand für alle" versprochen.

Der vorgegebene Zeitplan zur Einführung der gemeinsamen Währung setzt für die teilnahmewilligen Länder bis Ende 1997 die Erfüllung sogenannter "Konvergenzkriterien" (s. Kasten 2) voraus. Diese sollen den volkswirtschaftlichen Gleichlauf der Teilnehmerländer gewährleisten und verlangen den EU-Staaten enorme interne Anpassungsleistungen ab. Somit erfährt die Politik der Strukturanpassung im Norden aufgrund der supranationalen Reichweite der EWU eine neue Qualität.

Die Gefahr der doppelten Spaltung

Zwischengesellschaftliche Spaltung

In den vergangenen Jahren haben sich die Mitgliedsländer rigiden nationalen "Fitneßprogrammen für den Euro" unterzogen. Trotzdem deutet gegenwärtig alles darauf hin, daß bis zum Zeitpunkt der Festlegung der Teilnehmerstaaten nur eine verschwindende Minderheit der Fünfzehnergemeinschaft die Konvergenzkriterien erfüllen wird. Die EU würde in zwei Teile zerbrechen:

- einerseits den harten Kern einiger weniger Mitgliedsstaaten vornehmlich aus dem Nordwesten Europas, der von jeher die wirtschaftlich fortgeschrittenste Region der Union ist;

- andererseits die Mehrzahl der Mitglieder vorwiegend aus dem ökonomisch ohnehin schon schlechter gestellten Süden Europas.

Die Regierungen der politisch einflußreichsten EU-Staaten sowie die Europäische Kommission scheinen ein Konzept zu favorisieren, nach dem die "Kernländer" als Zugpferde für den "Rest" der Gemeinschaft fungieren

Die vier Konvergenzkriterien:

* Preisstabilität: Die Inflationsrate des teilnahmewilligen Landes darf maximal 1,5 Prozentpunkte über denjenigen der drei preisstabilsten Mitgliedsstaaten liegen.

* tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand: Jeweils gemessen an der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) dürfen das jährliche staatliche Haushaltsdefizit drei Prozent und die aufgelaufene Staatsschuld 60 Prozent nicht übersteigen.

* Wechselkursstabilität: Das Land muß die zulässigen Kursschwankungsbreiten des Europäischen Währungssystems seit mindestens zwei Jahren ohne Abwertung gegenüber einer anderen Mitgliedswährung eingehalten haben.

* Annäherung der Zinssätze: Der durchschnittliche Zins langfristiger Staatsanleihen des Kandidaten darf die entsprechenden Sätze der drei Länder mit den niedrigsten Zinsen um nicht mehr als zwei Prozentpunkte übersteigen.

DIE EWU - EIN BEITRAG ZUR SOZIALEN SPALTUNG ?

„... je größer die Wirtschaftsblöcke - wie z.B. EU, NAFTA, ASEAN - um so geringer der Einfluß der gewählten Volksvertreter auf die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen. Dieser Einfluß wird noch geringer, je mehr nationale Handelsschranken im Zuge der Liberalisierung und Globalisierung der Wirtschaft abgebaut werden.“

Unter der 'Globalisierung der Wirtschaft ist zu verstehen, daß praktisch alle Regionen und Länder der Welt in die kapitalistische, Waren produzierende und konsumierende Marktwirtschaft integriert sind. Durch das allgemeine Handels- und Zollabkommen GATT - heute die World Trade Organization (WTO) - sind bereits die meisten Handels- und Produktions-

schranken beseitigt, durch die nationale Regierungen bisher ihre Ökonomien vor wilder Konkurrenz zu schützen versuchten. Globalisierung bedeutet, daß Güter des alltäglichen Lebens zunehmend nicht mehr im eigenen Land, sondern in fernen Ländern, vor allem im Süden, produziert und in den reichen Ländern und Klassen, vor allem des Nordens, konsumiert werden. Dieser Prozeß der Globalisierung der Wirtschaft, durch die die Dauerkrise des Kapitals gelöst werden soll, hat weitreichende Folgen, sowohl im Norden wie im Süden, vor allem für Frauen.“

(Maria Mies, *Beijing und was dann? Frauen in der Globalisierung der Wirtschaft*, in: epd-Entwicklungspolitik, 9/1995, S. 26f)

sollen. Dieses Konzept läßt völlig offen, welcher Platz darin den mittel- und osteuropäischen Staaten zugeordnet wird. Immerhin war diesen nach dem Fall der Berliner Mauer eine faire Chance versprochen worden, durch die Mitgliedschaft in der EU den extrem schwierigen Transformationsprozeß zu beschleunigen und wirtschaftlich Anschluß an den Westen Europas finden zu können.

Konsequenz des Ganzen wäre bis auf weiteres eine noch stärkere Spaltung des alten Kontinents im Sinne eines Europas mehrerer Geschwindigkeiten. Dies würde die so wichtige Integration innerhalb der EU beziehungsweise Europas insgesamt kompromittieren. Die ursprüngliche Idee und größte Herausforderung der Union, nämlich den politischen und ökonomischen Zusammenhalt in Europa zu fördern, wäre so pervertiert.

Innengesellschaftliche Spaltung

Über diese zwischengesellschaftlichen Spaltungstendenzen hinaus droht durch die EWU auch im Blick auf die innengesellschaftlichen Verhältnisse eine fortschreitende Polarisierung. Zwar benennt Artikel 2 des Maastrichter Vertrages "ein hohes Maß an sozialer Protektion" ausdrücklich und an vorderster Stelle als ein Grundprinzip der EU (und damit auch der EWU). Der Maastrichter Vertrag betont damit, daß die "soziale Dimension" ein für die Fortentwicklung der Union zentrales

Anliegen ist. Doch zeigt ein Blick auf die durch die EWU zu erwartenden sozialen Auswirkungen, daß auch in sozialer Hinsicht Anspruch und Wirklichkeit weit auseinanderklaffen.

Die von den Regierungen der Mitgliedsländer bereits im Vorfeld der sogenannten "Dritten Stufe" der EWU (s. Schaubild, S. 1) eingeschlagenen Politiken führen zu einer Verschlechterung der sozioökonomischen Situation auf den je nationalen Ebenen. Zur Erfüllung der Konvergenzkriterien wird allenthalben auf die Umsetzung eines umfassenden "policy-mix" gesetzt. In dessen Mittelpunkt steht die Begrenzung bzw. Umschichtung der Staatshaushalte zugunsten der Wirtschaft (etwa Steuerentlastungen für Unternehmen) und zu Lasten insbesondere der sozial Schwachen (Einschnitte in das soziale Sicherheitsnetz). Jedoch haben nicht allein EmpfängerInnen staatlicher Zuweisungen wie Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen unter diesen Sparmaßnahmen zu leiden. Auch die ArbeitnehmerInnen müssen nun schon seit mehreren Jahren eine Stagnation und sogar Minderung ihrer Realeinkommen hinnehmen.

Aber nicht nur das: Neben den realen Lohninbußen ist die Deregulierung und Flexibilisierung der Beschäftigungsformen die wohl einschneidendste Strukturanpassung. Das "Normalarbeitsverhältnis" ist auch in Deutschland immer weniger das Modell für die Masse der Arbeitnehmer-

Innen; der Anteil der "Nicht-Normalarbeitsverhältnisse" nimmt zu (s. Artikel "Weltmarkt für Sozialabbau", S. 7).

Da die Mehrzahl der EU-Staaten noch beträchtliche Anstrengungen unternehmen muß, um den Konvergenzkriterien zumindest näherzukommen, gehen verschiedene Studien davon aus, daß in der EU innerhalb der nächsten drei Jahre weitere 1,5 Mio. Arbeitsplätze verlorengehen werden.

In den Gruppen der ArbeitnehmerInnen sowie der Menschen, die auf die sozialen Sicherungssysteme angewiesen sind, lassen sich damit die voraussichtlichen VerliererInnen der EWU finden. Zu den Gewinnern gehört mit Sicherheit das europäische Industrie- und Finanzkapital, das sich von Kostensenkungen im Sozialbereich vor dem Hintergrund einer globalisierten Ökonomie ein verbessertes Aktionsfeld verspricht.

Sozialabbau durch die Hintertür

Mit dem Beginn der Dritten Stufe ab 1999 wird für die Teilnehmerländer der EWU die Einführung der gemeinsamen Währungspolitik greifen. Die nationale Politik gibt damit bisherige Rechte auf: Sie verzichtet z.B. auf eine eigenständige Zins- und Wechselkurspolitik, die bislang für die nationalen Regierungen den wichtigsten wirtschaftspolitischen Puffer im Falle interner Wettbewerbsnachteile oder externer ökonomischer Störungen

DIE EWU - EIN BEITRAG ZUR SOZIALEN SPALTUNG ?

darstellt. Ihre Wettbewerbsfähigkeit können die EWU-Teilnehmerländer dann nur noch mittels Einflußnahme auf die nationalen Lohn- und Preisniveaus oder durch Veränderungen des Steuersystems und der Sozialpolitik erhalten.

Aus diesem Grund ist davon auszugehen, daß die Mitgliedsländer nach dem Wegfall des sog. "Abwertungsventils" auf die ihnen verbliebenen "sozialen" Puffer zurückgreifen werden, wenn es darum geht, notwendige nationale Anpassungsleistungen vorzunehmen. Ein derartiges regierungsverordnetes "Dumping" im Blick auf Löhne und Preise, Unternehmensbesteuerung und soziale Leistungen würde sicherlich dazu beitragen, die Einkommensverteilung weiter zum Nachteil der ökonomisch Schwächeren zu verändern.

Die Notwendigkeit einer "sozialen Union"

An diesem Punkt wird deutlich, daß die Konzeption einer auf Geldwertstabilität setzenden monetären Union eine soziale Union voraussetzt. Eine soziale Union könnte soziale Folgekosten auffangen helfen, die durch die Währungsunion entstehen würden. Die deutsche Vereinigung hat dies in den letzten Jahren in Erinnerung gerufen: Selbst die 150 Mrd. DM, die jährlich aus den alten in die neuen Bundesländer fließen, haben aus der Wirtschafts- und Währungsunion keine gerechte Sozialunion werden lassen. Sie haben aber zumindest ansatzweise die sozialen Folgekosten der Vereinigung in den neuen Bundesländern auffangen können. Der vorgegebene Rahmen für die EWU sieht jedoch eine derartige Ergänzung des Geldverbundes durch eine soziale Union ausdrücklich nicht vor. Es wird keine eigens für die Auswirkungen der EWU bestimmten finanziellen Ausgleichsmechanismen geben, die zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts eine Umverteilung zwischen Gewinnern und Verlierern vornehmen. Zudem ist nach Angaben der Europäischen Kommission auch nicht mit einer entsprechenden Aufstockung der sog. "Strukturfonds" zu rechnen. Mit den Strukturfonds unterstützt die EU

solche Regionen finanziell, deren Bruttosozialprodukt unterhalb eines bestimmten Prozentsatzes des EU-Durchschnitts liegt. Der Umfang der Strukturfonds ist allerdings schon jetzt unzureichend, um die existierenden Ungleichgewichte innerhalb der EU ausgleichen zu können.

Somit haben wir es mit einer sich ökonomisch immer stärker integrierenden E(W)U zu tun, die die soziale Dimension offensichtlich als eine

Vom nationalen Wohlfahrtsstaat zur neoliberalen Wettbewerbsunion

Hinter der bewußten Vernachlässigung der sozialen Dimension verbirgt sich ganz offensichtlich die freihändlerische Doktrin von der Ersetzung des nationalen Wohlfahrtsstaats durch eine neoliberale Wettbewerbsunion. Auf diese Weise hat sich die EU eine betriebswirtschaftliche Rationalität zu eigen gemacht und verhält sich

Europäische Währungsunion – wer macht mit?

Anfang 1998 wird geprüft, wer die Kriterien erfüllt und ob eine Währungsunion gestartet werden kann.

Teilnahme-Kriterien nach Maastricht:

1996 erfüllt
1996 nicht erfüllt

		Schätzungen			
		Inflation unter 3,6 %	Haushaltsdefizit höchstens 3 % der Wirtschaftsleistung	Staatsverschuldung höchstens 60 % der Wirtschaftsleistung	langfristige Zinsen unter 10,3 % (Aug. 1995)
Quelle: DB Research	Deutschland	1,9	2,4	58,0	7,2
	Luxemburg	2,6	1,5	7,8	8,0
	Frankreich	2,5	4,0	55,0	7,9
	Großbritannien	3,0	3,4	52,7	8,6
	Dänemark	2,4	1,2	76,8	8,7
	Niederlande	2,4	3,0	79,2	7,9
	Finnland	2,5	1,5	66,8	9,6
	Irland	3,0	2,0	83,4	8,7
	Belgien	2,1	3,2	126,5	8,0
	Österreich	2,4	4,3	65,9	7,4
*Westdeutschl.	Schweden	3,2	5,5	85,7	10,9
	Portugal	4,3	4,7	70,5	12,1
	Spanien	4,5	4,8	65,0	11,5
© Globus	Italien	4,8	6,5	114,9	12,3
	Griechenland	7,2	7,7	111,1	17,4

vernachlässigbare Größe betrachtet. Dies läßt zwangsläufig den Verdacht aufkommen, daß die eigentliche Intention der EWU darin besteht, insbesondere die nationalen Arbeitsmärkte und Sozialsysteme miteinander in einen freien Wettbewerb zu setzen. Beschäftigungsstandards, Löhne, Gehälter und Sozialpolitik würden implizit zum Gegenstand der Beschäftigungspolitik. Es wäre zu befürchten, daß ein derart intendierter Wettbewerb letztlich zu einem Abbau der Lohn- und Sozialstandards in den entwickelteren EU-Staaten führen würde. Anstelle einer Harmonisierung der unterschiedlichen sozialen Standards käme es zu einem Wettlauf um soziales Dumping, von dem insbesondere die Unternehmen in den bessergestellten Ländern der Union profitieren würden.

gegenüber den Weltmärkten immer mehr wie ein konkurrierendes Gesamtunternehmen. Im Zuge der Schaffung des einheitlichen Währungsraumes wird die Wahrung der sozialen Integration prinzipiell den vermeintlichen Erfordernissen des Marktes nachgeordnet. Angesichts dieses Primates der Ökonomie wird für das Ziel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Sozialstaat nicht nur um-, sondern ernstlich abgebaut.

Das soziale Element der Marktwirtschaft ist von der ArbeiterInnenbewegung im Laufe einiger Jahrzehnte erkämpft worden und zum Herzstück der modernen europäischen Zivilisation geworden. Es ist Ausdruck der Idee, daß der Wert eines Menschen sich nicht auf seine Marktstellung reduzieren läßt und demnach das

DIE EWU - EIN BEITRAG ZUR SOZIALEN SPALTUNG ?

Walten der freien Marktkräfte bewußt korrigiert werden muß. Gerade dieses soziale Element aber wird zum bloßen Anhängsel der EU-europäischen Wettbewerbsgesellschaft degradiert.

Die erbitterten Streiks in Frankreich haben jedoch bereits aufgezeigt, daß die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung, in der Arme und Arbeitslose mit Parolen wie "soziale Hängematte"

dann wächst der allgemeine Wohlstand!" entschieden zu entgegnen. Denn auf die Globalisierung der Ökonomie folgt zwangsläufig die Entnationalisierung der Politik: Eingespannt in die globale Standortkonkurrenz ist die nationalstaatliche Politik ihrer wirtschaftspolitischen und damit auch ihrer sozialpolitischen Maßnahmen immer weniger mächtig. Solange es aber in der EU keine oder

der politische Raum für ihre soziale Kontrolle. In diesem Sinne birgt die europäische Integration, insbesondere die EWU, eine historische Chance, zu deren Verwirklichung es sich einzumischen gilt:

- für ein Europa als sozialer Union;
- für ein demokratisiertes Europa, das sich nicht den Sachzwängen des Weltmarktes ausliefert, sondern einen demokratischen Rahmen zur politischen Gestaltung schafft;
- für ein weltoffenes Europa, das sich nicht als Wohlstandsfestung der Reichen abschottet, sondern weltpolitisch im Interesse nachhaltiger menschlicher Entwicklung aktiv wird.



und "nationaler Freizeitpark" verhöhnt werden und ein menschenverachtender "Erfolgsweltismus" gepredigt wird, nicht so ohne weiteres hingenommen wird.

Für eine gerechte und demokratische EWU

Trotz aller Kritik wäre der Verzicht auf die EWU keine Alternative. Es gilt vielmehr, der Grundannahme der EWU "Wir steigern unsere ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und

nur minimale demokratische Institutionen und Strukturen gibt, ist der Verlust (nationaler) politischer Gestaltungsspielräume immer auch ein Verlust an Demokratie.

Jedoch ist die deregulierte und liberalisierte Weltwirtschaft kein "Schicksal". Sie beruht auf bewußt getroffenen politischen Entscheidungen der mächtigsten Industriestaaten, die dringend revidiert werden müssen, damit der Handlungsspielraum der Marktwirtschaft nicht größer ist als

Diese Arbeitslosigkeit!
Meine Herren, das ist sehr schwierig
Mit der Arbeitslosigkeit
Wir ergreifen ja begierig
Jegliche Gelegenheit
Diese Sache zu - besprechen
Wann Sie wollen! Jederzeit!
Denn das muß ein Volk schwächen
Diese Arbeitslosigkeit.
Uns ist sie ja unerklärlich
Diese Arbeitslosigkeit.
Dabei ist sie so beschwerlich
Und es wäre auch höchste Zeit!
Dabei darf man nicht einmal
Sagen, sie sei unerklärlich
Denn das ist ja auch fatal
Das verschafft uns nämlich
schwerlich
Das Vertrauen bei den Massen
Und das ist uns unentbehrlich.
Man muß uns gewähren lassen
Denn das wäre ganz gefährlich
Jetzt das Chaos zu entfachen
In so unerklärter Zeit!
So etwas darf man nicht machen
Bei der Arbeitslosigkeit!
Oder was ist Ihre Meinung?
Passen würd' uns in den Kram
Diese Meinung: die Erscheinung
Wird verschwinden, wie sie kam.
Aber die erzählt uns hier nicht:
Unsere Arbeitslosigkeit
Geht nicht eher weg, eh' ihr nicht
Arbeitslos geworden seid!
(B.Brecht)

„Was heutzutage zählt, ist internationaler Wettbewerb ...“

Mit der EWU soll die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Europa auf dem Weltmarkt gestärkt werden. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit beinhaltet in der herrschenden ökonomischen Logik immer auch den Abbau sozialer und ökologischer Standards. Angesichts der jüngsten Diskussion um bei Hoechst ausgetretene Giftstoffe drohte der Konzern, man könne ja schließlich auch die Produktion in ein Land der Zweidrittelwelt verlagern, um für ihn zu restriktiven ökologischen Auflagen zu entgehen.

Die transnationalen Konzerne gehören zu den Gewinnern im Standortkampf. Sie können einzelne Länder gegeneinander ausspielen, um für sich möglichst optimale, d.h. kostengünstige Produktionsbedingungen durchzusetzen. Demgegenüber verliert eine nur nationalstaatlich ausgerichtete Politik immer mehr an Handlungs- und Gestaltungsspielräumen. Sie spielt mit im Konkurrenzkampf um Standorte, wenn sie sich vorwiegend an den Wünschen der Konzerne orientiert.

„Aus Dreckschleudern werden Vorbilder“

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 9.10.1995 ein Loblied auf die umweltbewußte Arbeit deutscher Multis in Brasilien. Demnach arbeiteten diese in Brasilien genauso umweltbewußt wie in Deutschland. Bei den Emissionen orientierte sich Bayer z.B. nicht etwa an den brasilianischen Normen, sondern an den viel strengeren deutschen Auflagen. Und „was für Bayer gilt, dürfte auch für die brasilianischen Hoechst- oder BASF-Werke gelten“.

Über die größte „potentielle Giftküche“ der Bayer do Brasil Belford Roxo bei Rio de Janeiro weiß die FAZ zu berichten: „In diesem größten Bayer-Werk Lateinamerikas mit 1600 Beschäftigten gibt es viel zu filtern und zu waschen: Schwefeldioxyd, Salzsäure, Mineralstaub. Von 1978 bis 1990 hat Bayer hier 40 Mio. in Anlagen für den Umweltschutz investiert.“

Bei Tibras, so der Name der brasilianischen Bayer-Tochter, seien von Bayer gegen die brasilianischen Mehrheitsaktionäre ökologische Standards durchgesetzt worden. Bayer habe eine weitere Zusammenarbeit im technischen Bereich von einem verbesserten Umweltschutz abhängig gemacht. Trotz schlechter Ertragslage seien in den letzten drei Jahren 5 - 7% des Umsatzes für die Entgiftung von Luft, Wasser und Boden ausgegeben worden. Die Emissionswerte von Schwefeldioxyd liegen heute „deutlich unter den Normen in Deutschland“.

Das Fazit der FAZ über das segensreiche Wirken der deutschen Multis: „Gäbe es in Brasilien mehr ‘Multis’ so wären die Menschen und die Umwelt hier durch Abwässer und andere Emissionen wahrscheinlich weniger gefährdet.“

Gesundheit und Umwelt als Standortfaktoren

Über den Mißbrauch von Gesundheit und Umwelt als Standortfaktoren wissen dagegen brasilianische Chemiearbeiter zu berichten, die sich Ende letzten Jahres zu einem Austausch mit deutschen Kollegen trafen. In einer Presseerklärung konfrontierten die TeilnehmerInnen an

Seit Fernando Henrique Cardoso im Oktober 1994 zum Präsidenten Brasiliens gewählt wurde, heißt das neue brasilianische Zauberwort „Modernisierung“.

Laut Cardoso hängt die Modernisierung Brasiliens vom massiven Zufluß ausländischen Kapitals ab. Deshalb ist er fest entschlossen, Brasilien weltweit als „sicheren Hafen“ darzustellen und das Land den „Empfehlungen“ von IWF und Weltbank zu unterwerfen, um es den Bedingungen des Weltmarkts anzupassen.

Das ausländische Kapital nutzt denn auch die derzeit weltweit höchsten Zinssätze, bereit, beim ersten Anzeichen von Unsicherheit die Flucht zu ergreifen.

Die Regierung folgt blind dem neoliberalen Credo und dem heiligen Grundsatz der Währungsstabilität. Tatsächlich ist die nationale Währung, der Real, stabil geblieben. Cardoso hat kein Mittel gescheut, um dieses Ziel zu erreichen: Die Staatsverschuldung ist um 60% angewachsen, die Arbeitslosigkeit steigt weiterhin, die Sozialleistungen wurden einschneidend gekürzt.

(nach: P.A.Sampaio, in: Le monde Diplomatique, Dez. 1995)

diesem Austausch die Sicht der FAZ mit der Realität:

Tatsache ist, daß „für das hochgelobte Bayerwerk in Belford Roxo bei Rio de Janeiro im letzten Jahr eine staatliche Untersuchung angeordnet wurde, weil mehrere Un- und Störfälle, Beschwerden von Anwohnern und der Gewerkschaft nicht mehr unter den Tisch gekehrt werden konnten.“ Als Beleg wird aus dem Anordnungsbescheid vom 3.6.94 der Regionalen Staatsanwaltschaft am Arbeitsgericht Rio de Janeiro zitiert: „Die Anzeige und die Berichte geben Aufschluß über den fortgesetzten Verstoß gegen grundlegende Vorschriften der Arbeitssicherheit und Gesundheit durch das Unternehmen,

DIE EWU - EIN BEITRAG ZUR SOZIALEN SPALTUNG ?

von der Nichtanerkennung von Berufskrankheiten und Arbeitsunfällen durch das Unternehmen, von der Anwendung der obersten Grenzwerte und der Durchführung von Arbeitszeiten, die über der gesetzlich erlaubten liegen, von der Vergabe spezialisierter und gefährlicher Arbeiten an Dritte und von Restriktionen der Inspektions- und Überwachungstätigkeit betreffender Kommissionen seitens des Unternehmens.“

Zu der angeblich vorbildlichen Bayertochter Tibras heißt es: „Fakt ist, daß die Kinder sich im schwefelsauren Strand in Werksnähe die Füße verätzen.“ Beschäftigte hätten auf den Widerspruch zwischen dem von Tibras und anderen Firmen gesponserten Naturschutzpark für Meeresschildkröten und ihren Arbeitsbedingungen hingewiesen. „Unter der Überschrift ‘Schildkröten wollen Petrochemiker schützen’ berichten sie von ihren Berufskrankheiten und Vergiftungen, die im Gegensatz zum Schicksal der Schildkröten kaum jemanden interessieren.“

„Produktionsfaktor“ Mensch

Welche Rolle der „Produktionsfaktor“ Mensch bei Tibras spielt, belegen folgende Beispiele:

- „Obwohl an einer Berufskrankheit leidende Mitarbeiter einen Kündigungsschutz von einem Jahr haben, wurden sie von Tibras einfach vor die Tür gesetzt. Der Lohn für das eine Jahr, der den Gekündigten mindestens zusteht, wird oft genug auch noch heruntergehandelt.“

- „Bei einer Entlassungswelle Anfang der Neunziger mußten 40% der Kündigungen zurückgenommen werden, weil die Betroffenen ‘zufällig’ an einer Berufskrankheit litten. Die Einsicht in ihre werksärztlichen Untersuchungsergebnisse mußten die Arbeiter vor Gericht durchsetzen.“

- „Vierzehn Jahre lang waren“ Arbeitnehmern „Lohnbestandteile

wie Überstundenprozente und Schichtzulagen vorenthalten worden, auch dann noch, als sie durch alle Instanzen vor Gericht gewonnen hatten.“

- Der rasante Personalabbau wurde „natürlich nicht mit einem Sozialplan abgewickelt“, „sondern indem man langgediente Kollegen zwei, drei Jahre vor der Rente rausschmiß, und sie damit um einen großen Teil ihrer Rentenansprüche brachte.“

- „Zwei Beschäftigte erlitten Verbrennungen z.T. dritten Grades bei einer Reparatur eines mit Röntgenstrahlen arbeitenden Gerätes. Der Arzt, der die Betroffenen zuerst untersuch-

te, verlangte die gesetzlich vorgeschriebene Anzeige dieses Arbeitsunfalls. Er wurde fünf Tage später entlassen und reichte die Unfallmeldung auf Druck der Gewerkschaft mit zehntägiger Verspätung rückdatiert ein.“

Das Fazit der Teilnehmer am deutsch-brasilianischen Chemiarbeiteraustausch über die Darstellung der FAZ: „Was heutzutage zählt, ist internationaler Wettbewerb. Da darf man als Sprachrohr der Chemiemultis die Bedingungen dieses immer rasanter werdenden Wettlaufs natürlich nicht hinterfragen.“

„...So wie das Kapital sich transnationalisiert hat, transnationalisiert sich auch die Armut. Das Nord-Süd-Schema stimmt nicht mehr mit den geografischen Grenzen überein. Insofern gibt es eine neue Weltkonstellation und die Notwendigkeit, neue Allianzen und Solidaritäten zu denken...“

(Fernando Castillo, Chile)

Weltmarkt für Sozialabbau?

Frauen und die Globalisierung der Wirtschaft

Das Projekt der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist Teil einer globalen wirtschaftlichen Umstrukturierung. Diese globale Umstrukturierung forciert die bereits vorher praktizierte exportorientierte Produktion in Industrie, Landwirtschaft und

informellem Sektor. Zu früheren Phasen gibt es aber vor allem zwei wesentliche Unterschiede: Die Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer bezieht sich heute nicht nur auf die Länder des Südens, sondern auch auf die industrialisierten Länder des

DIE EWU - EIN BEITRAG ZUR SOZIALEN SPALTUNG ?

Ostens und auf China. Verlagert werden außerdem nicht nur arbeitsintensive Bereiche der Leichtindustrie (Textil-, Kleidungsproduktion etc.), sondern auch Teile der Schwerindustrie (Kohle, Stahl, Schiffsbau, Autoindustrie usw.)

Im Norden trugen das Erstarken neuer Konkurrenten und die darauf reagierende Politik der Globalisierung zu einer tiefen wirtschaftlichen Krise bei. Deren Kennzeichen ist Wirtschaftswachstum bei gleichzeitigem Anstieg der Arbeitslosenzahlen („jobless growth“).

Welche Folgen hat die Globalisierung der Wirtschaft für Frauen als einer gesellschaftlichen Gruppe, die weltweit den Hauptteil der gesamtgesellschaftlichen Arbeit leistet?

Frauenarbeit für den Weltmarkt

- In der Weltmarktfabrik

Die Verlagerung arbeitsintensiver Produktionszweige in sog. Billiglohnländer beruht auf dem schier unerschöpflichen Potential billiger menschlicher - vor allem weiblicher - Arbeitskraft: Durch Landvertreibung und schlechte Böden wird für immer mehr Menschen im Süden eine landwirtschaftliche Eigenversorgung unmöglich. Um das tägliche Überleben zu sichern, sind es vor allem die Frauen, die in den neu entstehenden „Weltmarktfabriken“ („Maquilas“) Arbeit suchen.

In den „maquilas“ sind bis zu 80% der ArbeiterInnen weiblich. In diesen freien Produktionszonen produzieren die Arbeiterinnen Textilien, Kleidung, Elektronik, Spielwaren u.a. direkt für den Weltmarkt. Transnationale Konzerne errichten diese „maquilas“ in Ländern des Südens wie Mexiko, Brasilien, Sri Lanka, Bangladesh u.a. Mit dem Angebot von Zollfreiheit, Steuervergünstigungen, kostenloser Infrastruktur, freiem Devisenverkehr und vor allem billiger und ungeschützter Arbeitskraft

entfachen diese Länder untereinander eine harte Standortkonkurrenz. Die Transnationalen Konzerne beuten die ArbeiterInnen der maquilas über alle Maßen aus, zahlen extrem niedrige Löhne, bieten lange Arbeitszeiten und keine formell abgesicherten Arbeitsplätze.

- In der Cottage-Industrie

In der Textilindustrie findet sich seit einigen Jahren eine Produktionsform, die vorindustriell anmutet: Neben der (Weltmarkt-) Fabrikarbeit und der Heimarbeit entsteht die sog. „Cottage-Industrie“ (kleine Hütte, Nähstube): Die Arbeitsplätze sind zum Teil mit modernster Technik ausgestattet, aber informell organisiert, d.h. es wird kurzfristig je nach Auftragslage gearbeitet. Der Job wird meist über persönliche Beziehungen vermittelt und besteht in Zulieferarbeiten für größere Hersteller. Durchschnittlich arbeiten vier bis fünf Frauen in jeder Produktionsstätte. Ihr Verdienst ist in der Regel niedriger als in großen Firmen. In der Gegend um Turin hat sich die Cottage-Produktion in größerem Ausmaß etabliert, aber auch in Paris, New York oder Amsterdam gewinnt sie durch die Arbeit illegaler Migrantinnen an Gewicht. In der 'Rückkehr' dieser

vorindustriellen Beschäftigungsform nach Europa zeigt sich sehr deutlich die Vorbildfunktion des 'Südens' für den Norden in Fragen sozialer Standards.

Beide Produktionsformen - Weltmarktfabrik und Cottage-Industrie - sind Beispiele für den herrschenden weltweiten Trend im Beschäftigungssektor: Der formelle Sektor und damit das sog. „Normalarbeitsverhältnis“ nimmt an Bedeutung ab, informelle Beschäftigungsformen gewinnen dagegen an Bedeutung - auch in Deutschland: Mittlerweile beträgt der Anteil der Nicht-Normalarbeitsverhältnisse (also Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, ABM etc.) am Gesamt-Arbeitsmarkt 30% - im Vergleich zu ca. 3% in den sechziger Jahren.

Kürzungen im sozialen Netz

Von den Kürzungen im sozialen Bereich, die parallel zur Informalisierung der Beschäftigung durchgeführt werden, sind Frauen besonders betroffen: Sie benötigen, sofern sie Kinder haben, Kindergärten und -horte, um einen Beruf ausüben zu können. Flexible Arbeitszeiten können die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erschweren: „Kristen Reinert aus Köln war als zweifache Mutter mit



Textilarbeiter sind Sie? Da hätte ich etwas für Sie in Hongkong.

DIE EWU - EIN BEITRAG ZUR SOZIALEN SPALTUNG ?

ständig wechselnden Arbeitszeiten und -orten (als Leiharbeiterin) 'organisatorisch überfordert'. 'Vor dem Kindergarten macht die Flexibilisierung halt,' sagt sie." (Frankfurter Rundschau, 28.2.1996).

Wegen ihres oft sehr geringen Einkommens sind Frauen auf Wohngeld und andere soziale Leistungen angewiesen. Im Alter sind Frauen wegen ihrer oft nur sehr niedrigen Rente besonders hart von Kürzungen der Rentenleistungen betroffen.

Mit den finanziellen Einbußen, die gerade die sozial schlechter gestellten Frauen im Zuge des gegenwärtig stattfindenden Sozialabbaus hinnehmen sollen, wird ihnen ein nicht geringer Teil des „Fitneßprogramms für den Euro“ aufgebürdet.

Informalisierung der Beschäftigung

Der informelle Sektor war weltweit schon immer eine Domäne der Frauen. In Deutschland lassen sich die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, die zu ca. 70% von Frauen ausgeübt werden, dem informellen Sektor zuordnen. Verstärkt ist aber zur Zeit der Trend, formelle in informelle Beschäftigung umzuwandeln: Fälle, in denen einer Reinigungsfirma, die mit formell Beschäftigten und damit teurer arbeitet, gekündigt und einer billigeren Reinigungsfirma, die Frauen geringfügig beschäftigt, der Reinigungsauftrag erteilt wird, häufen sich. Oft sind es dann dieselben Frauen, die zuerst formell im Auftrag der 1. Firma tätig waren, von dieser nach Verlust des Reinigungsauftrags entlassen wurden, um dann von der 2. Firma informell angestellt zu werden und die gleiche Arbeit für weniger Lohn und ohne soziale Absicherung auszuüben. Auch öffentliche Institutionen beteiligen sich im Zuge der „notwendigen“ Kostensenkungen der öffentlichen

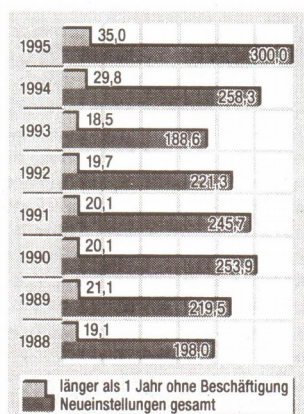
Haushalte an diesem „Wechsel“.

Die „Leiharbeit“ ist eine wichtige Form dieser informellen Beschäftigung in Deutschland: 180.000 Menschen fanden im ersten Halbjahr 1995 als „LeiharbeiterInnen“ Jobs auf Zeit, 40.000 mehr als noch 1992. Diese Zeitarbeit ist eine gewinnträchtige Variante bei der Flexibilisierung der Belegschaften. Die Metallindustrie ist ein Schwerpunkt des Verleihs von Menschen - zugleich werden dort massenhaft formelle Stellen abgebaut.

LeiharbeiterInnen sind keine Hilfsarbeiter, sondern zu 90% Menschen mit fundierter Ausbildung. Branchen-Insider meinen, daß über Leiharbeit nicht primär Personalengpässe gestopft, sondern vor allem Lohnkosten gedrückt würden.

Neueinstellungen in Zeitarbeitsunternehmen

Angaben¹⁾ von 1988 bis 1995²⁾ in Tausend



1) Gerundet. 2) Werte des 1. Halbjahres 1995 hochgerechnet.
Quelle: Schutzgemeinschaft Zeitarbeit, Bonn

Feminisierung der Beschäftigungsformen

Die Informalisierung und Deregulierung greift mittlerweile auch auf traditionell männliche Produktionsbereiche über: Flexibilisierung

der Arbeitszeiten, Verzicht auf Lohnausgleich u.a.m. sind sogar für die IG Metall keine Tabuthemen mehr. Krisen, die traditionelle „Frauenindustrien“ wie die Textil- und Bekleidungsindustrie, bereits in den siebziger Jahren durchmachten (damals sank die Zahl der Beschäftigten von über 900.000 auf ca. 350.000 zu Beginn der 90er Jahre), ergreifen jetzt traditionelle „Männerindustrien“ wie die Autoindustrie, Werften u.a.m.. Entlassungen, Lohn-einbußen, Flexibilisierung der Arbeitszeiten betreffen immer mehr ArbeitnehmerInnen. Damit wird „typische Männerarbeit“ zur Zeit „typischer Frauenarbeit“ angeglichen. Es findet eine „Feminisierung der Beschäftigungsformen“ statt.

Daß ein potentieller Rückgang der Arbeitslosigkeit einer zunehmenden Zahl von Beschäftigten soziale Sicherheit bieten könnte, scheint nicht der Fall zu sein. Die Beispiele Großbritannien und USA belegen dies: Beide Länder melden zwar stagnierende bzw. sinkende Arbeitslosenzahlen; doch erhalten in Großbritannien immer mehr Beschäftigte wahre „Hungerlöhne“. In den USA müssen jetzt zwei Personen erwerbstätig sein, um das Einkommen zu erzielen, das vor 20 Jahren eine erwerbstätige Person verdiente.

Angesichts dieser Entwicklungen läßt sich davon ausgehen, daß auch in Deutschland die sozialen Errungenschaften im Bereich des formellen Sektors, die zur Zeit abgebaut werden, nicht ohne harte Kämpfe wiedererrungen werden können. Wenn auch Frauen als ArbeitnehmerInnen nur in sehr begrenztem Maße in den Genuß dieser Errungenschaften gekommen sind, so muß es doch das Ziel von Tarif- und Beschäftigungspolitik bleiben bzw. werden, formelle Beschäftigung zu sichern und auszubauen - unter Integration der Arbeitnehmerinnen.

KAIROS EUROPA

Kampagnenaufruf

**„FÜR EINE GERECHTE WÄHRUNGSUNION -
NICHT OHNE GEMEINSAME BESCHÄFTIGUNGS-
UND SOZIALPOLITIK, NICHT OHNE KONTROLLE
DES TRANSNATIONALEN KAPITALS“**

Europa am Scheideweg

Wir stehen kurz vor Beginn der sogenannten Regierungskonferenz der Europäischen Union. Angesichts ihrer Aufgabe, eine Revision des Maastrichter Vertrages vorzunehmen, ist sie von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der BürgerInnen in den Mitgliedsländern der Union sowie darüber hinaus. Mit ihr steht die vielzitierte soziale Tradition Europas auf dem Spiel. Die jüngsten Streiks in Frankreich und Belgien sind hierfür ein unmißverständlicher Fingerzeig.

Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang die für 1999 geplante Einführung der Europäischen Währungsunion (EWU). Sie wird von ihren Brüsseler Architekten als maßgebliches wirtschaftspolitisches Mittel zum Zweck der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Europa auf den Weltmärkten begriffen. Die für die Mitgliedschaft in der EWU notwendige Erfüllung der „Konvergenzkriterien“, mittels derer der volkswirtschaftliche Gleichlauf der Teilnehmerländer gewährleistet werden soll, verlangt den Regierungen bereits im Vorfeld des Geldverbundes äußerst rigide Sparmaßnahmen ab. Diese bedeuten eine unmittelbare Bedrohung für die Lebensbedingungen zahlloser EuropäerInnen - seien es ArbeiterInnen, Angestellte, Arbeits-

lose oder Menschen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Sie alle sind bereits und werden voraussichtlich noch stärker vom „Fitneßprogramm für den Euro“ betroffen. Während sich somit die Arbeitslosigkeit in der Union auf immer erschreckendere Rekordniveaus hochzuschrauben droht, werden zum gleichen Zeitpunkt die öffentlichen Wohlfahrtssysteme trotz deren steigender Inanspruchnahme unter Verweis auf die zu reduzierende Staatsschuld vehement zusammengestrichen. Auf diese Weise werden der Armut und sozialer Ausgrenzung weiter Vorschub geleistet. Hingegen werden kapitalkräftigen Akteuren an den Finanzmärkten durch zunehmende Deregulierung und Liberalisierung immer mehr Möglichkeiten eröffnet, riesige Spekulationsgewinne einzufahren und diese der Besteuerung zu entziehen. Auf ihren jeweils nationalen Ebenen operieren die Mitgliedsstaaten demnach quasi mit exakt jenen Strukturanpassungsprogrammen, die der Internationale Währungsfonds und die Weltbank den verschuldeten Ländern im Süden und Osten auferlegen. Im Blick auf die EU-Ebene sieht der vorgegebene Rahmen der EWU weder Maßnahmen vor, die der Steuerflucht innerhalb der Union (etwa nach Luxemburg) Einhalt gebieten, noch sind Gemeinschaftspolitiken zur Kompensation der negativen Auswirkungen der monetären Inte-

gration geplant. Daß jedoch eine auf Geldwertstabilität setzende Währungsunion eine soziale Union voraussetzt, hat in den letzten Jahren die deutsche Vereinigung auf beispielhafte Weise deutlich gemacht: nur so können die durch strukturelle Entwicklungsgefälle hervorgerufenen sozioökonomischen Folgekosten ausgeglichen werden.

Hinter der bewußten Vernachlässigung der sozialen Dimension der EWU verbirgt sich ganz offensichtlich die freihändlerische Doktrin von der Ersetzung des nationalen Wohlfahrtsstaates durch eine neoliberale Wettbewerbsunion. In ihrem Gefolge ist die innergesellschaftliche Umverteilung des Reichtums von unten nach oben ebenso wahrscheinlich wie die Vergrößerung der Kluft zwischen den Gesellschaften. Aus letzterem könnte für Europa eine nachhaltige Spaltung in zweifacher Hinsicht folgen: einerseits zwischen den Teilnehmern und Nicht-Teilnehmern der EWU, und andererseits zwischen den EU-Staaten und den Ländern Mittel- und Osteuropas. Ungeachtet der großen Bedeutung, welche die makroökonomische Konvergenz für eine umfassende wirtschaftliche Stabilität Europas zweifellos hat, wird gewissermaßen der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben, wenn durch eine derartige Desintegration aufgrund der mit ihr zwangsläufig ver-



DIE EWU - EIN BEITRAG ZUR SOZIALEN SPALTUNG ?

bundenen sozialen Destabilisierung das Fundament unseres Kontinents ins Wanken gerät.

Darüber hinaus gilt es zu berücksichtigen, welche Signale die EWU im Blick auf die sogenannte „Dritte Welt“ setzt. Statt Europas gewachsenen Gewicht dafür einzusetzen, Struktur und Politik der internationalen Finanzinstitutionen demokratisch und sozial zu reformieren, führt die EWU die verfehlte einseitige Politik der Strukturanpassung auch noch in Europa ein. Auf der gleichen Linie liegt es, daß die EU das „Lomé-Abkommen“ mit den ehemaligen Kolonien aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik nicht über 1999 hinaus verlängern will. Anstelle die eigenen Märkte stärker für die Produkte dieser Länder zu öffnen, wäre dies ein weiterer Schritt zu einer „Festung Europa“.

* Gegen ein Europa der Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ungerechtigkeit

Wir rufen dazu auf, die bevorstehende Regierungskonferenz als eine Gelegenheit zu verstehen, mit den Regierungen der Mitgliedsländer und der EU ins Gespräch zu kommen über eine EWU, die soziale und Beschäftigungsaspekte ausdrücklich in ihren Mittelpunkt rückt. Aus diesem Grund unterbreitet Kairos Europa, ein Netzwerk der von Unrecht Betroffenen und der für Gerechtigkeit Engagierten in Europa, diesen Aufruf. Wir laden alle Nichtregierungsorganisationen, einschließlich der Kirchen, alle Basis- und Solidaritätsgruppen sowie Einzelpersonen herzlich ein, sich an einer Kampagne gegen die monetäre „Vereinigung“ Europas zu Lasten der Schwächeren und für ein gerechtes, demokratisches, ökologisches und offenes Europa zu beteiligen.

Abgesehen von einigen wenigen lobenswerten Initiativen, wie etwa den promin-

testen seitens der schwedischen Regierung und des Europäischen Gewerkschaftsbundes, die beide auf eine Ergänzung des Maastrichter Vertrages um eine gemeinsame Beschäftigungspolitik drängen, beschäftigt sich gegenwärtig nur eine Handvoll weiterer Organisationen mit diesen Fragen. Deshalb möchten wir die sozialen Bewegungen in Europa ermutigen, sich dieser Kampagne anzuschließen und auf allen Ebenen Bündnisse zu bilden, um gemeinsam unsere Standpunkte gegenüber der Regierungskonferenz zu vertreten.

Im Blick auf die konkreten politischen Forderungen scheint es aus unserer Sicht unerlässlich, Themen wie Arbeitslosigkeit, Armut und gesellschaftliche Marginalisierung inhaltlich mit dem Problem der globalisierten Kapitalmärkte zu verknüpfen: Diese rufen mittels ihrer hochspekulativen Finanzströme enorme ökonomische Instabilitäten hervor und lassen politische Kontrolle wie auch Besteuerung immer schwieriger, wenn nicht gar unmöglich werden. Für eine künftige EWU gälte es von daher, Souveränität über derartige finanzielle Transaktionen zurückzugewinnen, um letztere in beschäftigungswirksame Investitionen umzulenken beziehungsweise Steuerflucht (als einen der Faktoren hinter der Staatsverschuldung, die

wiederum zu staatlichem Sozialabbau führt) wirksam zu bekämpfen.

* Wir fordern die EU und die Regierungen der Mitgliedsländer auf, die EWU erst dann einzuführen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- die EU ebenso wie Europa insgesamt dürfen nicht unwiderruflich gespalten werden
- eine demokratische Verständigung (unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft) auf eine unter sozialen Gesichtspunkten nachhaltige EWU, die eine rechtlich bindende Sozialcharta sowie eine gemeinsame Beschäftigungs- und Sozialpolitik beinhaltet
- die Verabschiedung einer unionsübergreifenden Gesetzgebung, die Steuerflucht unterbindet



Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die folgende Kontaktadresse: Kairos Europa, Ulrich Duchrow und Martin Gück, Hegenichstraße 22, 69124 Heidelberg, Telefon: 06221/712610 oder 06221/781180, Fax: 06221/781183

ANTWORT

(Bitte senden an: Kairos Europa • Martin Gück • Hegenichstraße 22 D-69124 Heidelberg)

Name: _____

Adresse: _____

Telefon/Fax: _____

Organisation/Gruppe: _____

Ich/wir möchte/n gern an der Kampagne teilnehmen und den Aufruf unterschreiben.

Ich/wir interessiere/n mich/uns für die Aktionstage Ende Juni in Florenz.

Ich/wir bitte/n um Zusendung des Kampagnenmaterials einschließlich des Hintergrundpapiers zur Währungsunion (und lege/n DM 5,- in Briefmarken bei).

Ich/wir bitte/n um laufende Informationen (und lege/n DM 10,- in Briefmarken bei).

Ich/wir unterstützen die EWU-Kampagne von Kairos Europa durch eine Spende in Höhe von DM _____ auf das Konto: Kairos Europa e.V., Postbank Karlsruhe (BLZ 660 100 75), Konto-Nr. 217627-753.

(Datum)

(Unterschrift)

DIE EWU - EIN BEITRAG ZUR SOZIALEN SPALTUNG ?

Literatur ...

- Armut im Aufschwung (in: der überblick. Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit, 1/1995); Bezug: Breklumer Druckerei, Postfach 1220, 25818 Bremen

- Joachim Hirsch, **Starke Mark für wen?** Anmerkungen zu einem populistischen Possenspiel, in: linke 1/2, 1996

- ders.: **Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus**, Edition ID-Archiv, Frankfurt/M. 1995

- Claus Koch: **Die Gier des Marktes. Die Ohnmacht des Staates im Kampf der Weltwirtschaft**, Carl Hanser Verlag, München 1995

- Annette Maurer: **Die europäische Antwort auf die soziale Frage. Eine Analyse zur europäischen Binnenmarktdynamik und ihrer sozialpolitischen Implikationen**, Tectum Verlag, Marburg 1993

- Maria Mies, **Beijing und was dann? Frauen in der Globalisierung der Wirtschaft**, in: epd-Entwicklungspolitik, 9/1995, Bezug: epd-

Entwicklungspolitik, Postfach 500550, 60394 Frankfurt a.M.

- Wolf-Dieter Narr/Alexander Schubert: **Weltökonomie. Die Misere der Politik**, edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1994

- Observatoire Social Européen: **Economic and monetary union and social protection**, Selbstverlag (Working Paper 11), Brüssel 1995

- O. Negt, U. van Suntum, E. Altwater u.a., **Die Krise der Arbeitsgesellschaft**, in: **Aus Politik und Zeitgeschichte**. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 15/1995



... Bestellschein ...

Bestellabschnitt

(an: Pax-Christi-Sekretariat, Postfach 1345, 61103 Bad Vilbel;
oder: Kairos Europa, Hegenichstr. 22, 69124 Heidelberg)

- ☐ Ich bestelle von der Nummer „EWU - ein Beitrag zur sozialen Spaltung“ Exemplare (1 Ex. 2,- DM, ab 10 Ex. Rabatt; zzgl. Versandkosten; gegen Rechnung)
- ☐ Ich abonniere die Nord-Süd-Blätter aber der Nummer 1/1996 zu einem Abopreis von 10,- DM für vier Ausgaben pro Jahr (incl. Versand).
- ☐ Ich unterstütze das Projekt der Nord-Süd-Blätter mit einer Spende. (Bitte überweisen an: Pax Christi, Stichwort: Nord-Süd-Blätter, Postgiro Karlsruhe, Kto.-Nr.: 948 754, BLZ: 660 100 75)

Name:

Anschrift:

Datum, Unterschrift:

Impressum

„EWU
- ein Beitrag zur sozialen Spaltung?“
(1. Auflage, März 1996)

HerausgeberInnen:
Kairos Europa, Pax Christi

AutorInnen:
H. Böttcher
S. Ferenschild
M Gueck

Redaktion:
S. Ferenschild

Druck & Versand:
Knotenpunkt GmbH, Buch

Nachbestellungen an:
Kairos Europa
Hegenichstr. 22
69124 Heidelberg

oder:
Pax Christi
Postfach 1345
61103 Bad Vilbel
Tel.: 06101-2073; Fax: 06101-65165

Preis:
Einzelheft: 2,- DM (zzgl. Versand)